

Beamtenrecht

Inhaltsverzeichnis

I. Beihilfefähigkeit der behindertengerechten Umbaukosten eines Kfz	1
II. Neufassung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur BBhV	2
III. Neues auf Rehmnetz	2

I. Beihilfefähigkeit der behindertengerechten Umbaukosten eines Kfz

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München*

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Urteil vom 13. Dezember 2013, 5 C 3/12 über die Frage der Beihilfefähigkeit der Kosten des behindertengerechten Umbaus eines Kfz in Höhe von rd. 16.000 (Einbau eines elektrischen Schwenksitzes und einer automatischen Rampe zur Mitnahme des Rollstuhls) zu entscheiden. Der Umbau war nach einer ärztlichen Bescheinigung erforderlich, da es der beihilfeberechtigten Klägerin aufgrund eines Herzleidens und ihres Alters nicht mehr möglich war den behinderten Ehemann ohne Umbau des Fahrzeugs vom Rollstuhl in ein Auto zu helfen. Das Auto wurde insbesondere für Arztbesuche und für die Aufrechterhaltung sozialer und familiärer Kontakte benötigt. Die Gerichte der ersten und der zweiten Instanz hatten die Gewährung von Beihilfeleistungen abgelehnt. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Ablehnung der Beihilfefähigkeit bestätigt und mit höherrangigem Recht vereinbar gewertet.

Produktipp

Mildenerberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



6.626 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 289,95 ohne Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts

- verletzt der Ausschluss die Fürsorgepflicht nicht in ihrem Wesenskern.
- liegt kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz vor, und
- verstößt der Ausschuss nicht gegen das verfassungsrechtliche Verbot der Benachteiligung Behinderter.

Weitergehende Ausführungen werden demnächst in bewährter Weise im Mildenberger aufgenommen.

II. Neufassung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur BBhV

Das Bundesministerium des Innern hat mit Rundschreiben vom 14. Juni 2013 eine Neufassung der Verwaltungsvorschrift zur Rechtsverordnung über die Gewährung von Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen (Bundesbeihilfeverordnung – BBhV) bekanntgegeben. Darin sind auch Vollzugshinweise zu den mit der Dritten und Vierten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung durchgeführten Änderungen berücksichtigt. Die Neufassung der Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 2013 in Kraft und wird demnächst im Gemeinsamen Ministerialblatt (GMBL.) veröffentlicht.

III. Neues auf Rehmnetz

News

[Kritik des dbb an Blackbox Lehrkräftebedarf](#)

[Der öffentliche Dienst als Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland](#)

[R-Besoldung im Justizministerium](#)

Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsaugen und kritischen Auge.

Die neuesten Themen:

[Tätowierte Beamte – Eignung fraglich?](#)

[Rechtsmissbräuchliche Ruhestandsversetzung – Voraussetzung und Folgen](#)

[Der mündige Polizeibeamte - weg vom schlechten Ruf der Polizei!](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)